

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Lageblatt Rieser,
Gemein Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontor
Dresden 1530,
Telefon:
Rieser Nr. 52.

Nr. 95.

Sonnabend, 23. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, Zahlungen- und Erfüllungsort: Rieser. — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Seckstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Rieser für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Genfer Verhandlungen

geben einen Vorgeschmack von den Schwierigkeiten, die von den weiteren Konferenzen zu erwarten sind. Man betrachtet in Berliner politischen Kreisen die Kompromißlösung in der Frage der schweren Angriffswaffen geradezu als typisches Beispiel für die Art, wie man in Genf und unbedingten Entscheidungen aus dem Wege geht. Frankreich war zwar nicht in der Lage, den englischen Antrag, der auf ein unbedingtes Verbot und die Zerstörung der Angriffswaffen hinauslief, zu sabotieren. Aber die kurze Kammerheit des französischen Ministerpräsidenten Lardieu in Genf genigte doch, um in die Kompromißformel den bisherigen französischen Standpunkt ziemlich unverändert hineinzuschmuggeln. Die einstimmig gefällte Entscheidung besagt danach nur, daß noch keine Entscheidung gefällt wurde und daß die Frage der schweren Angriffswaffen im späteren Verlauf der Konferenz bei dem Punkt der internationalen Streitkräfte noch einmal eine Rolle spielen wird. Auch sonst liegt kein Anlaß vor, die privaten Gespräche der leitenden Staatsmänner Europas mit rosenrotem Optimismus zu begleiten. Selbst die Fragen der Lausanner Konferenz, die nach den letzten Nachrichten am 16. Juni beginnen soll, sind gegenwärtig noch keineswegs geklärt. Wegen den belgischen Staatsminister Theunis als Vorsitzenden bestehen schwere Bedenken. Auf der anderen Seite ist keineswegs damit zu rechnen, daß sich die leitenden Staatsmänner vier Wochen in die Enklave des Schloßes von Ducht zurückziehen werden. Man wird sich wahrscheinlich nur kurze Zeit treffen und dann wieder nach Hause fahren, und man wird nach einem neuen Kompromiß suchen, das wiederum die Standpunkte der Mehrheit und Minderheit, zu der in diesem Falle wahrscheinlich Deutschland gehören dürfte, nebeneinander stellt. Im übrigen hat gerade Lardieu immer die Wohlthätigkeit, auf die französischen Wahlen zu verweisen und jede grundsätzliche Entscheidung vor diesen Wahlen abzulehnen. Man rechnet in Berlin leider ziemlich fest mit diesem Wandel. Er hat aber auch noch ein anderes Druckmittel in der Hand, das er schon jetzt in Genf mit großer Geschicklichkeit in Bewegung setzte. Es handelt sich hierbei um die Zustimmung Frankreichs zum Flottenabkommen, das ohne den französischen Beitritt aus- einanderplayen muß. Wer Lardieu kennt, weiß, daß er von diesem Angelpunkt aus fast alle kommenden Konferenzen und dabei etwa zutage tretende gegnerische Fronten aus dem Gleichgewicht bringen kann. Der Kaufpreis für die franzö- sische Zustimmung wird demgemäß teuer sein und er wird wahrscheinlich gerade dort angemeldet werden, wo Deutsch- lands Lebensinteressen am tiefsten berührt sind, bei der Reparationsfrage. Schon heute kommen Stimmen aus England, die nach einem Reparationskompromiß suchen und die weitauseinandergehenden Standpunkte mit sanfter Gewalt zusammenbringen möchten. Wie aber ein solches Kom- promiß aussehen soll, nachdem der deutsche Reichskanzler schon bei Beginn der internationalen Debatte ein hartes und entschiedenes Nein gegenüber allen weiteren Forderungen ausgesprochen hat, ist im Augenblick nur schwer vorstellbar. Unter diesen Umständen hütet man sich in Berliner politi- schen Kreisen vorläufig vor allen optimistischen Prophe- zierungen. Man glaubt an keine Ueberraschungslösungen von heute auf morgen, auch an keine „Konferenz-Erfolge“, die sich von den führenden Staatsmännern in der Heimat mit viel Geschrei und wenig Wille präsentieren lassen. Man stellt sich vollkommen auf ein langwieriges Hin und Her, auf ein fähiges, nüchternes Abwarten ein. Man sorgt sich selbstverständlich auch um die innerpolitische Entwicklung in den meisten Ländern, die in vielen Fällen nicht weniger unklar ist als in Deutschland, und gerade deshalb mit be- sonderer Häufigkeit die außenpolitischen „Vernunft- lösungen“ bedroht.

Die Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister in Sigmaringen soll, wie man hört, auf einen möglichst kurzen Zeitraum beschränkt werden. Der Reichskanzler wird unter Umständen erst Sonnabend nacht oder Sonntag morgen in dem kleinen preussischen Städtchen eintreffen. Ein Aufschub über den Sonntag mittag hinaus ist nicht vorgesehen. Damit erübrigen sich auch die Kombinationen, die davon sprachen, daß Kanzler und Reichsinnenminister, gemeinsam in Sigmaringen das Ergebnis der Preußenwahl abwarten wollen. Diese Gerüchte sind durchaus falsch. Nicht weniger falsch ist freilich die Meldung, nach der Dr. Groener unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin am Montag vormittag in einer Kabi- nettsitzung über seine Aussprache mit dem Kanzler Bericht erstatten würde. Eine solche feierliche Zusammenkunft ist nicht geplant. Der Innenminister wird lediglich von dem Reichspräsidenten zu der seit langem fälligen Audienz emp- fangen werden. Wie man hört, soll dabei auch über die Formulierung der Antwort der Reichsregierung, die sich gegen ein Reichsbannerverbot, aber für eine Beteiligung militärischer Organisationsformen bei den Wehrverbänden aussprechen wird, verhandelt werden. Die offizielle Antwort des Kabinetts ist bis zur Rückkehr des Kanzlers aus Genf in der zweiten Hälfte der kommenden Woche zurückgekehrt worden. Man legt in den Kreisen des Kabinetts genau wie beim E.M.-Verbot auf einen einstimmigen Beschluß. Selbstverständlich wird für alle diese Entscheidungen der Ausgang der Länderwahlen und vor allem der Preußenwahl von großer Bedeutung sein.

35 Millionen Deutsche in 5 Ländern stimmen ab.

Wochenlang hagelte es auf die Wähler nieder: Flugblätter, Versammlungseinladungen, Wahlleitungen, Rat- fenerveranstaltungen, in denen die politische Demagogie einen tollen Tanz vollführte, lösten einander ab. In den Ohren klangen die Wahlversprechungen, mit denen man geradezu verschwenderisch umging. Nun ist der 24. April da, — jener entscheidungsschwere Tag, dem das Reichsaufgebot an politischer Propaganda galt.

Landtagswahlen in fünf deutschen Ländern! 35 Millio- nen deutsche Volksgenossen werden an die Wahlurnen auf- geboten. In Preußen allein stimmen 26,6 Millionen Wahl- berechtigte ab, in Bayern 4,88 Millionen, in Württemberg 1,75 Millionen. Erst in weiterem Abstand folgen dann die kleineren Länder Hamburg und Anhalt. Nicht wie bei den Reichspräsidentenwahlen in Wählergruppen gleichen die Parteien in die Schlacht. Bei den Landtagswahlen setzen sie sich auf sich selbst gestellt. Um so erbitterter rang man um die Seele des Wählers. Schonungslos entfüllt der 24. April die Stärke jeder einzelnen Partei. Mit dem Aufwand aller sich bietenden Propagandamittel „bearbeitete“ man die Wählermassen.

In den fünf Länderparlamenten gibt es insgesamt 554 Landtagsmandate zu verteilen: 450 in Preußen, 100 in Hamburg, 128 in Bayern, 50 in Württemberg und 26 in Anhalt. Etwa 90 Prozent der deutschen Bevölkerung sind zur Entscheidung aufgerufen. Man kann also in der Tat von einer Reichstagswahl im Kleinen sprechen.

Das größte politische Rätsel gibt zweifellos Preußen auf. Der Kampf um die Macht im Staate tobt dort am heftigsten. Die bisherigen preussischen Oppositionsparteien bieten alle ihre Kräfte auf, um das jetzige „System“ der Weimarer Koalition zu kürzen. Im alten Preußenparlament verfügten die Regierungsparteien über 290 Sitze von 470. Eine schwache, aber festgefugte Majorität. Alle Rei- chen deuten darauf hin, daß diese Mehrheit am 24. April zertrümmert werden wird.

In fünf deutschen Ländern fiebert man der politischen Entscheidung entgegen. Es bedurft nicht erst der Flug- blattbombardements, der Antivorkommunisten und des Alu- miniumbombardements, um auch dem letzten Wähler die Be- deutung des Wahltages klarzumachen. Der 24. April bringt auch die Entscheidung über das Schicksal des Reiches, das sich ja von dem der Länder gar nicht trennen läßt.

Eine bedeutame Rede des Reichsfinanzministers.

* Altona. Hier sprach auf einer Kundgebung der Deutschen Staatspartei Reichsfinanzminister Dietrich. Er wandte sich zunächst gegen das Schlagwort: Preußen müsse wieder preussisch werden. Wenn er, Dietrich, heute auch einer der entschlossensten Republikaner geworden sei, so würde er dennoch jeden aus der Partei werden, der kein Verständnis für die große geschichtliche Vergangenheit unse- res Vaterlandes habe. Minister Dietrich erklärte alsdann: „Das Reich steht heute im Endkampf um die Abrechnung des Krieges. Das Moratorium wird am 1. Juli ablaufen, aber Deutschland wird nach dem 1. Juli nicht mehr zahlen. Wenn ich, der zuständige Finanzminister des deutschen Reiches, das schon aussprechen darf, ohne daß es an inter- nationalen Verwicklungen kommt, so kann man das als Beweis dafür ansehen, daß auch den Staatsmännern der anderen Länder die Sachlage ziemlich klar geworden sein muß.“

Frankreich sei in einer schwierigen Lage, denn die Zah- lungen von Deutschland seien aus; aber seine Schulden an Amerika müsse Frankreich weiterzahlen. Man trage dieser Lage nicht Rechnung, indem man frage: Siegreich woll'n wir

Frankreich schlagen. Mehr und mehr zeige sich die politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit der Friedensverträge, die eines Tages von selbst völlig zusammenfallen würden.

Ausdrücklich ging der Finanzminister sodann auf die Finanzpolitik des Reiches ein, besonders auf die Ursachen des Zusammenbruchs und die daraus erwachsenden augen- blicklichen Verhältnisse. Die Reichsregierung habe den großen Bankrott 5 Milliarden Mark zahlen müssen, damit sie nicht zusammenbräche. Anherdem habe das Reich 120 bis 130 Genossenschaftsbanken forcieren müssen; deren Zusammenbruch hätte die Vernichtung des gesamten Handelsvertrages bedeutet. Das selbständige Unternehmertum des Mittelstandes müsse gekürzt werden, denn es habe sich als das härteste Fundament des Volkes erwiesen. Der kommende Winter werde noch schwerer sein als der voran- gegangene. Ob wir ihn überleben würden, hänge von der Bereinigung der internationalen Atmosphäre und von der Lösung des Arbeitslosenproblems ab. Solange die anderen Völker fürchten müßten, daß Deutschland eines Tages über sie herfalle, sei an eine Bereinigung der Atmosphäre nicht zu denken.

Neue Unterredung Brüning—Lardieu

Genf, 23. April.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte Freitagnachmittag eine fast zweistündige Unterredung mit Lardieu, bei der auch Staatssekretär von Bülow anwesend war. In dieser Unterredung sind alle großen aktuellen Fragen be- rührt worden. Die Besprechungen werden Anfang nächster Woche nach Rückkehr Lardieus ihre Fortsetzung finden.

Freitagmittag hatte ein Frühstück den Reichskanzler mit Lardieu und MacDonald zusammengeführt.

Keine Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Paris, 23. April.

„Paris Soir“ läßt sich aus Genf melden: Gerüchweise verlautet, daß das Büro der Abrüstungskonferenz Sonn- abendvormittag zusammentreten werde, um über die Ver- tagung der Verhandlungen bis nach den französischen Wahlen, das heißt bis zum 9. Mai, zu beraten. Anscheinend ver- handelte man hierüber hinter den Kulissen; man habe Frei- tagvormittag erklärt, daß sich eine große Mehrheit für eine entsprechende Vertagung finden werde.

Von unterrichteter Seite in Genf erfahren wir, daß diese Meldung unzutreffend ist. Die Arbeiten der Abrüstungskon- ferenz gehen weiter. Es hat sich aber in den letzten Tagen immer mehr gezeigt, daß die bevorstehenden französischen Wahlen den Gang der Arbeiten lähmend beeinflussen. Da der Hauptausdruck gestern eine Entscheidung über die qualita- tive Abrüstung annahm, besteht in Kreisen des Hauptaus- schusses die Meinung, jetzt die Fragen, die sich auf diesen Punkt beziehen, sofort zu behandeln. Darüber dürfte heute im Büro der Konferenz ein Beschluß herbeigeführt werden.

Seekt bleibt in der DWB

Berlin, 23. April.

Von volksparteilicher Seite wird zu den umlaufenden Gerüchten, daß Generaloberst a. D. von Seekt beabsichtige, aus der Deutschen Volkspartei auszutreten, erklärt, daß sie von Generaloberst von Seekt ermächtigt sei, mitzuteilen, daß sein Auscheiden aus der DWB und ihrer Reichstagsfraktion nicht in Frage komme.

Das Schreiben Schieds an Groener

Dresden, 23. April.

Den in der Öffentlichkeit lautgemordenen Wünschen ent- sprechend gibt die Sächsische Staatskanzlei das Eruchen, das der Sächsische Ministerpräsident nach dem Verbot der nationalsozialistischen SA an den Reichsminister des Innern gerichtet hat, im Wortlaut bekannt. Es lautet:

„Bereits bei den ersten Besprechungen über die Ent- wicklung der verschiedenen Wehrverbände hat die Sächsische Regierung den Standpunkt vertreten, daß alle polizeilichen Maßnahmen, die ergriffen werden sollten, unter Wahrung strengster Objektivität gleichmäßig nach allen Seiten ergriffen werden müssen. Nach den in Sachen ge- machten Beobachtungen wird diese Gleichmäßigkeit in weiten Kreisen der Bevölkerung, auch soweit sie nicht von dem Verbot betroffen werden, vermisst. Das Reichsministerium des Innern wird ersucht, zu prüfen, ob die Voraussetzung des Vorhandenseins militärischer Organisationen auch bei ande- ren Verbänden politischer Parteien vorliegt.“

Dr. Goebbels erkrankt

Berlin, 23. April.

In einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei im Sportpalast gab die Parteilitung bekannt, daß der Ber- liner Parteivorsitzende Dr. Goebbels an einer Darmver- giftung schwer erkrankt sei. Dr. Goebbels sei bettlägerig und habe eine Temperatur vor 40 Grad.

Sorgeben gegen ein nationalsozialistisches Pamphlet.

Berlin. (Kunzdruck.) Der Berliner Polizeipräsident hat sich veranlaßt gesehen, neuerdings künstliche preu- sische Polizeistationen auf das Verbot des nationalsozia- listischen Pamphlet „Korruptionsfump“ Preußen hinzu- weisen, das, obwohl es bereits kurz nach der Reichspräsi- dentenwahl ausgesprochen wurde, jetzt verschiedentlich zu über- treten versucht wird. Bei einer Hausdurchsicht bei National- sozialisten wurde eine größere Anzahl dieser Flugblätter gefunden und beschlagnahmt. Sie enthalten Fälschungen und Verleumdungen über die preussische Regierung. Alle preussischen Polizeistationen sind zu energischem Vorgehen angewiesen. Uebrigens ist es, wie seinerzeit gemeldet, auch in München beschlagnahmt worden.